

MEHR ALS KLIMA

– oder: Zur gesellschaftspolitischen
Dimension des Klimawandels

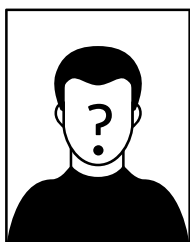
Politik und Umwelt

Vorstandswahlen im LJR. Wie soll Jugendverbandsarbeit in Zukunft aussehen? Welche politischen Rahmenbedingungen gilt es zu sichern? Welche sind zu verändern? Brauchen junge Menschen mehr Freiräume in Schule, Ausbildung, Studium oder Beruf, um sich im Jugendverband ehrenamtlich zu engagieren? Welche Ressourcen brauchen Jugendverbände in Hamburg? Gibt es zu viel Bürokratie im Verbandsalltag? Wenn Dich diese und weitere Fragen interessieren, und Du bereit bist, nach jugendpolitischen Lösungen zu suchen und Dich politisch dafür einsetzen möchtest, dann gibt es eine spannende Herausforderung für Dich: Bewerbe Dich als Kandidat/in bei der Wahl des LJR-Vorstandes auf der kommenden LJR-Vollversammlung am 6. November 2019.

Als Voraussetzung für ein Engagement im LJR-Vorstand solltest Du folgendes mitbringen: Erfahrungen in Deinem Jugendverband auf der Verantwortungsebene, Interesse an der Jugend(verbands)politik, Erfahrungen in der Gremienarbeit und die Bereitschaft, Interessen von jungen Menschen und von Jugendverbänden gegenüber Verwaltung und Politik zu vertreten. Klar, Zeit kostet so ein Engagement im LJR-Vorstand auch. Aber Du bist nicht allein! Denn der LJR-Vorstand besteht in der Regel aus vier Personen. So können Aufgaben auch geteilt und Fragen gemeinsam erörtert werden. Zudem hilft Dir die LJR-Geschäftsstelle bei der Bearbeitung der anstehenden Themen.

Du hast Interesse – aber auch Fragen? Du bist Dir nicht sicher, ob Du das bewältigen kannst? Oder möchtest mehr erfahren aus der Praxis der LJR-Vorstandstätigkeit? Kein Problem. Unsere aktuellen Vorstandsmitglieder geben Dir gern Einblick in Ihre Arbeit. Sie beantworten Dir gern Fragen zu Umfang und Aufwand ihres Engagements beim LJR. Und sie können Dir auch zeigen, dass Jugendpolitik ein spannendes und lehrreiches Feld ist – und vor allem, dass ein Vorstandsendagement im LJR bei aller Arbeit auch Freude machen kann.

Wende Dich einfach per Mail an einen LJR-Vorsitzenden. Ihre Mailadressen findest Du auf der LJR-Website unter www.ljr-hh.de/wir-ueber-uns/vorstand. Oder Du ruft in der LJR-Geschäftsstelle unter T. (040) 317 96 114 an.



Kommentar

3 Abschied, bleibende Aufgaben und Neustart

Von Laura Vanselow, LJR-Vorsitzende

Titelthema

Mehr als Klima

– oder: Zur gesellschaftspolitischen Dimension des Klimawandels

4 Imperiale Lebensweise und die gesellschaftspolitische Dimension des Klimawandels

Wie die westliche Lebensweise den Planeten ruiniert

Von Markus Wissen, Berlin, und Ulrich Brand, Wien

9 »Eure Stimme, unsere Zukunft«

Wie die Hamburger Fridays for Future gemacht werden

Von Oliver Trier, Hamburg

12 Unterkunft und Lernort mit kleinem Fußabdruck

Was Nachhaltigkeit in Jugendherbergen heißt und warum Jugendherbergen ihren CO₂-Fußabdruck erheben

Von Karin Studier, Deutsches Jugendherbergswerk – Landesverband Nordmark

Vielfalt! Jugendarbeit

15 Machen statt warten

Sozialaktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Hamburg

Von Oliver Trier, Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hamburg

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers (jg)

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Laura Vanselow c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.200 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: eurodruck, Schnackenburgallee 158, 22525 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Nachrichten

19 Bertini-Preis 2019 – jetzt bewerben!

19 Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2020 – Hermine-Albers-Preis

Bewerbung bis zum 18. Oktober 2019

19 Dranbleiben! Jugendverbände engagiert für Vielfalt und Demokratie

aej-Fachtagung vom 14. bis 15. November 2019 in Berlin

Abschied, bleibende Aufgaben und Neustart

Rund dreieinhalb Jahre ist es her, dass meine drei Vorstandskollegen/innen – Anne Dewitz, Daniel Knoblich und Melissa Kleist – und ich in den Vorstand des Landesjugendrings gewählt wurden. Wir haben unser ehrenamtliches Engagement dafür eingesetzt, den Hamburger Jugendverbänden die Möglichkeit des gemeinsamen Austausches, der Meinungsfindung und der daraus erwachsenden politischen Interessenvertretung zu bieten.

Die Umstände unserer Wahl waren nicht einfach. Auf einer vorangegangenen Vollversammlung hatte sich keine ausreichende Zahl an Kandidaten für den neu zu wählenden Vorstand im Landesjugendring gefunden. Verwunderlich ist das gar nicht mal so sehr. Denn wer hier angesprochen ist, sich auf einer quasi »Meta-Metaebene« der Jugendverbandsarbeit einzubringen, sollte in der Regel bereits Erfahrungen auf der Verantwortungsebene im eigenen Verein gemacht haben – und auch viel Gremiensitzfleisch besitzen. Diese Herausforderung kennen wohl alle, die schon mal Nachwuchs für die Gremien im eigenen Verband gesucht haben. Gleichwohl lohnen Suche und Engagement. Denn die Möglichkeit zum Austausch und gemeinsamer Interessensbildung sowie deren Vertretung auf der Ebene des Landesjugendrings bietet eine riesige Chance für die Hamburger Jugendverbände. Beim Blick über den eigenen Tellerrand finden sich gemeinsame Ziele, für die es sich lohnt, gemeinsam zu streiten. So dachte man offenbar in der Hamburger Sportjugend, im CVJM, in der DGB-Jugend und beim Jugendrotkreuz, die schließlich die Kandidaten zur LJR-Vorstandswahl stellten. Ein Verband ermöglichte es sogar, dass sein Aktiver einen Teil seiner Arbeitszeit für das LJR-Engagement einbringen konnte. Ein unglaublicher Mehrwert – insbesondere mit Blick auf zeitliche Flexibilität, den ich gerade im Nachhinein nicht missen möchte.

Personell – wie ich finde – toll aufgestellt, begannen wir also unsere Tätigkeit im LJR-Vorstand: mit mehr oder weniger Erfahrung im Rücken, mit mehr oder weniger klaren Vorstellung von dem, was wir wollen und wo es hingehen soll. Das galt es zunächst herauszuarbeiten – auf vielen Feldern. Mit den LJR-Mitgliedern auf der Vollversammlung war heraus zu finden, was von allen anliegenden Aufgaben wichtig ist, was fortgeschrieben, korrigiert oder neu gedacht werden muss. Dabei galt es, den Mitgliedsverbänden zu verdeutlichen, dass sie selbst die tragenden Akteure für jugendverbandspolitische Entscheidungen sind. Darüber hinaus mussten wir lernen, wo unser eigenes Engagement gefragt ist, was in die LJR-Geschäftsstelle delegiert werden kann und was von der Unzahl an Themen guten Gewissens auch mal hinten runter fallen kann. Diese Findungsphase sollte noch mal ganz schön Zeit und intensive, aber letztlich fruchtbare Diskussionen und Auseinandersetzungen benötigen.

Wenn am 6. November 2019 auf der kommenden LJR-Vollversammlung neue Vorstandsmitglieder gewählt werden, dann ist unser größtes Pfund, das wir weitergeben können: Wir haben im letzten Jahr den Kurs der LJR-Vorstandsarbeit in transparenter Abstimmung mit der Vollversammlung und in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung und den jeweiligen Referenten in der Geschäftsstelle grundsätzlich abgesteckt und das Ruder auf wesentliche Ziele ausgerichtet. Der Kompass für alle Themen und Aktivitäten lautet, die Bedingungen für die Möglichkeit gelingender selbstbestimmter und eigenverantwortlicher Jugendverbandsarbeit zu erhalten und, wo gefährdet, neu herzustellen. Das bedeutet in erster Linie Ressourcen und Freiräume für junge Menschen zu sichern und zu erweitern. Dafür stehen die drei großen Leitbeschlüsse der Vollversammlung für »Mehr Mittel für die

Jugendverbandsarbeit«, für eine bessere »School-Life-Balance« und ebenso »Uni-Life-Balance«. Hinzu kam das Thema Kinderschutz. Insbesondere bei den ersten beiden Themen konnten wir schon wichtige Schritte machen. So haben wir für den aktuellen Haushalt der Hansestadt eine Mittelerhöhung von 200.000 € für Jugendverbandsarbeit in Zusammenarbeit mit den jugendpolitischen Sprecher/innen der Parteien anstoßen können. Das deckt noch nicht unseren aufgezeigten Bedarf, aber es bessert die Lage. Schwerer wiegt, dass wir wenig Einfluss darauf haben, wie die zusätzlichen Mittel eingesetzt werden. Jugendverbandsarbeit kann und muss als wichtiger zivilgesellschaftlicher und Demokratie bildender Player weiter wachsen, dafür gilt es, weiterhin politische Initiativen zu ergreifen. Beim Thema School-Life-Balance, bei dem es um mehr Freiräume für Schüler/innen für ein ehrenamtliches Engagement geht, erwiesen sich die Hamburger Schulen als ein sehr diverses und vor allem vielzähliges Gegenüber, was uns in den Dialog mit Senator Thies Rabe und seiner Behörde führte. Mit Erfolg. Gemeinsam konnte eine Broschüre erarbeitet werden, die mit einem Begleitschreiben vom Senator Rabe an alle Schulen verteilt wurde. Die Handreichung zeigt Lehrer/innen, Schüler/innen und Eltern Möglichkeiten auf, wie ein jugendverbandliches Engagement junger Menschen mit dem durchaus fordernden Schulalltag durch Erleichterungen oder Befreiungen vereinbar gemacht werden kann. Diesen Dialog mit Schule und Behörde gilt es weiter zu führen. Beim Thema Uni-Life-Balance, bei dem es analog zum Schulkomplex um mehr Freiräume für junge Studierende geht, gestaltet sich der Austausch mit den Hamburger Universitäten schwierig. Doch hier müssen wir dran bleiben. Denn es sind gerade die 18- bis 24-Jährigen, die uns aufgrund der verdichteten Anforderungen im Studium fehlen, wenn es darum geht, im Jugendverband weitere Verantwortung – wie z.B. bei der Vorstandsarbeit – zu übernehmen. In den Kinderschuhen steckt noch das Thema Kinderschutz, aber auch hier ist die Marschroute recht klar. Jugendverbände haben zwar längst eigene Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt erarbeitet. Aber wie schützen wir unsere Strukturen vor Quereinsteigern, die bereits in anderen Bereichen diesbezüglich auffällig geworden sind? Das erweiterte Führungszeugnis, das vorzulegen ist, bekundet allein vollzogene Verurteilungen ab einem gewissen Strafmaß nicht aber Auffälligkeiten oder noch laufende Prozesse in der Sache. Hier müssen wir weiter nach Lösungen suchen.

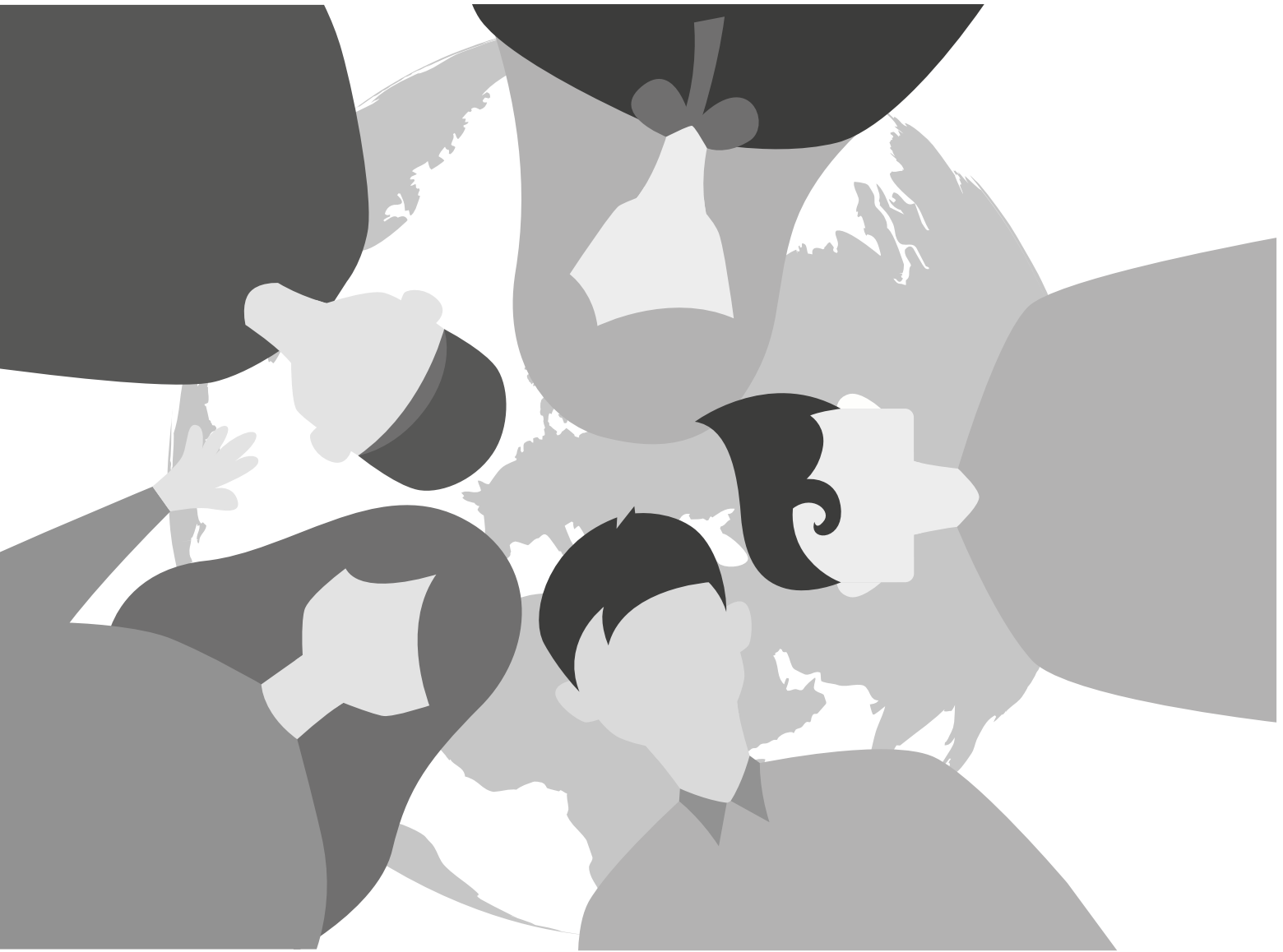
Das sind die großen Themen, die wir bewegt haben. Sie werden den LJR und seine Mitgliedsverbände in den nächsten Jahren gewiss weiter bewegen. Nach zwei Legislaturperioden im LJR-Vorstand ist es für uns an der Zeit, Platz zu machen für neue Menschen mit anderen Perspektiven und frischen Ideen. Das heißt nicht, dass wir ab November komplett weg sind. Aber klar ist auch,

dass eine so vielfältige und vielseitige Institution wie der LJR nicht zu lange von den gleichen Leuten bespielt werden sollte.

Für mich persönlich waren die letzten vier Jahre voller neuer Erfahrungen, toller Gespräche und intensiver wie neuer Kontakte.



Von Laura Vanselow, LJR-Vorsitzende



Imperiale Lebensweise und die gesellschaftspolitische Dimension des Klimawandels

Wie die westliche Lebensweise den Planeten ruiniert*

Von Markus Wissen, Berlin, und Ulrich Brand, Wien

Ursachen und Auswirkungen der Klimakrise werden häufig verkürzt thematisiert als zu starker CO₂-Ausstoss und als »Menschheitsproblem«. Sie werden abgekoppelt von gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Dynamiken, als deren krisenhafter Ausdruck der Klimawandel sich herausgebildet hat. Ebenso verkürzt sind mögliche Umgangsweisen mit der Krise: Sehr effiziente Technologien, »grünes« Wachstum oder Lebensstiländerungen der Konsumenten/innen. Es kommt vielmehr darauf an, die Klimakrise als Ausdruck einer imperialen Lebensweise – die auch eine Produktionsweise ist – zu begreifen. Damit können auch notwendige Veränderungen hin zu einer solidarischen Lebensweise sichtbar gemacht und gestärkt

werden. Aktuell breit wahrgenommene Beiträge wie etwa der im August 2019 veröffentlichte Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zu klimaschädlichen Formen der Landnutzung öffnen ein Fenster hin zu entsprechend grundlegenden Diskussionen.

Rückblende

Im Februar 1994 erschien in der Zeitschrift »The Atlantic Monthly« ein Beitrag des US-amerikanischen Journalisten Robert D. Kaplan mit dem Titel »Die kommende Anarchie«¹ Am Beispiel Westafrikas widmet sich der Autor der politischen und

gesellschaftlichen Entwicklung der sogenannten unterentwickelten Welt und zeichnet ein äußerst düsteres Bild derselben. Dessen Wirkung wird noch gesteigert durch die suggestiven Fotos von verstopften Straßen in südlichen Mega-Cities, von Slums und verschmutzten Flüssen, von Kindersoldaten und Bürgerkriegsszenen, mit denen der Beitrag unterlegt ist. Die Botschaft ist klar: Nachdem der globale Norden mit dem Ende des Kalten Krieges das Interesse am globalen Süden verloren hat, droht dieser im Chaos zu versinken. Er wird zum Hort von Gewalt, Staatszerfall, Epidemien, »Überbevölkerung« und ökologischer Zerstörung.

Mit seinem Beitrag will Kaplan nicht auf das Leid von Menschen hinweisen oder den Zusammenhängen zwischen dem Reichtum im Norden und den Konflikten im Süden nachspüren. Es geht

¹ Robert D. Kaplan, The coming anarchy, in: »The Atlantic Monthly«, 2/1994, S. 44-77.

ihm vielmehr darum, eine Weltordnung zu skizzieren, in der die übersichtliche Konkurrenz zwischen Nationalstaaten durch eine anarchische Vielzahl von »kulturell« und religiös motivierten Konflikten abgelöst wird. Zudem will er vor der Bedrohung der nationalstaatlichen Ordnung auch des globalen Nordens warnen, die aus einer Ausbreitung der Anarchie des Südens sowie aus den Spannungen resultiert, die in den kulturell heterogenen Gesellschaften des Nordens selbst angelegt sind.

Den ökologischen Problemen in Gestalt von zunehmender Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung misst Kaplan dabei eine besondere Bedeutung zu: »Es ist an der Zeit, ›die Umwelt‹ als das zu begreifen, was sie ist: die nationale Sicherheitsfrage des frühen 21. Jahrhunderts. Die politischen und strategischen Auswirkungen von wachsenden Bevölkerungszahlen, sich ausbreitender Krankheit, Entwaldung, Bodenerosion, Erschöpfung von Wasserressourcen, Luftverschmutzung und, möglicherweise, steigenden Meeresspiegeln in kritischen überbevölkerten Regionen wie dem Nildelta und Bangladesch stellen die zentrale außenpolitische Herausforderung dar, aus der alle anderen Herausforderungen letztlich hervorgehen werden. Denn diese Entwicklungen werden zu massenhafter Migration führen und Gruppenkonflikte anheizen.«²

Der Klimawandel als Frage nationaler Sicherheit

25 Jahre nach Erscheinen von Kaplans Artikel überbieten sich europäische Politiker bei der Abschreckung und Abschottung gegenüber Menschen, die, getrieben von existenzieller Not oder dem Wunsch nach einem besseren Leben, die EU zu erreichen versuchen. Die Zurückweisung einer im internationalen Vergleich überschaubaren Zahl von Geflüchteten wird zu einer Frage der nationalen Sicherheit stilisiert, Zäune werden gebaut, »Schicksalsgemeinschaften« beschworen und »Obergrenzen« eingefordert. Es scheint, als würde sich die von tiefen Interessengegensätzen entzweite politische Elite Europas einander in dem Bestreben annähern, an den Geflüchteten ein Exempel zu statuieren. Damit will sie anscheinend der von Kaplan imaginierten Bedrohung

nationalstaatlicher – und in diesem Fall auch supranationaler – Ordnung geschlossen und mit aller Macht entgegentreten.³

Daneben zeigt sich in der gegenwärtigen Situation noch eine zweite Reminiszenz an Kaplans Diagnose von 1994: Viele der Menschen, die Europa zu erreichen versuchen, scheinen auch aus ökologischen Gründen zu fliehen: Steigende Temperaturen oder Konflikte um knapper werdende Ressourcen in Landwirtschaft und Bergbau berauben sie der Möglichkeit, ein von Not und Gewalt freies Leben zu führen. Auch der Syrienkrieg reiht sich in diese Erzählung ein, und zwar insofern, als ihm eine lange Dürre vorausging, die das gesellschaftliche Konfliktpotential vergrößerte.⁴

Kaplans Katastrophenszenario scheint sich also aktuell zu bestätigen. Und nicht nur das: Es liefert der europäischen Abschottungspolitik gleich die Rechtfertigungsgründe mit. Wenn »die Umwelt« zur Frage nationaler Sicherheit wird und wenn es nun mal der globale Süden ist, dem »die Umwelt« besonders übel mitspielt, wenn dieser Süden zudem in einem solchen Chaos versinkt, dass jede Perspektive politischer Stabilität und ökonomischer Entwicklung unter nationalstaatlichen Vorzeichen undenkbar wird, dann muss sich der globale Norden scheinbar auf die Verteidigung seiner zivilisatorischen Errungenschaften konzentrieren – und sich zu ebendiesem höheren Zweck die Menschen aus dem globalen Süden vom Leib halten. Das Problem ist nur, dass sowohl die Diagnose von Kaplan als auch die heutige Flüchtlingspolitik ihre Legitimation und Plausibilität gerade daraus beziehen, dass sie sich über die beiden entscheidenden Zusammenhänge ausschweigen. Erstens: Menschen werden nicht einfach durch die »Knappheit« natürlicher Ressourcen und »den Klimawandel« zur Flucht getrieben. Stattdessen sind es ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse – wie der ungleiche Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln –, die Ressourcen knapp und den Klimawandel für viele zu einer existenziellen Bedrohung machen. Zweitens: Diese Verhältnisse lassen sich nur begreifen, wenn man sich von den unmittelbaren Eindrücken löst und den Blick über den Tellerrand der betroffenen Regionen hinaus auf den globalen Kontext richtet. Erst dann nämlich werden ökologische Krisen und gewaltsam ausgetragene Konflikte in ihrer ganzen Komplexität verständlich.

Wohlstand auf Kosten anderer

Hinter den Konflikten sogenannter verfeindeter Ethnien im Kongo etwa zeigt sich der Bedarf des globalen Nordens an Coltanerzen, die für die Herstellung von Mobiltelefonen oder Laptops gebraucht werden. Wasserkonflikte – in vielen Teilen der Welt scheinbar die zwangsläufige Folge einer im Zuge des Klimawandels zunehmenden Trockenheit – erweisen sich als das Resultat der Zerstörung kleinbäuerlicher Produktionsweisen, wie

Über die Autoren



Ulrich Brand, geb. 1967, Politikwissenschaftler, Dr. phil., arbeitet als Professor für Internationale Politik an der Universität Wien und ist Mitherausgeber der »Blätter für deutsche und internationale Politik«.



Markus Wissen, geb. 1965, Politikwissenschaftler, Dr. phil., ist Professor für Gesellschaftswissenschaften mit dem Schwerpunkt sozial-ökologische Transformationsprozesse an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) und Mitglied der Redaktion der »PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft«.

sie von agrarindustriellen Unternehmen des globalen Nordens betrieben wird – im Einklang mit den Interessen lokaler und nationaler Eliten des globalen Südens. Und schließlich gerät als eine Ursache der – mangels anerkannter Fluchtgründe oft als »illegal« gebrandmarkten – Migration afrikanischer Kleinbauern nach Europa die EU-Agrar- und Außenhandelspolitik in den Blick, die mit dem Export hochsubventionierter Agrarprodukte nach Afrika dortige Märkte und Einkommensmöglichkeiten zerstört.⁵

Aus dieser Perspektive verliert die Analyse Kaplans genauso den Anschein der Plausibilität wie die Politik der EU den der Legitimität. Die EU-Politik präsentiert sich als Versuch, einen Wohlstand, der auch auf Kosten anderer entsteht, gegen die Teilhabeansprüche ebendieser anderen zu verteidigen. Sie ist insofern die logische Konsequenz einer Lebensweise, die darauf beruht, sich weltweit Natur und Arbeitskraft zunutze zu machen und die dabei anfallenden sozialen und

² Robert D. Kaplan, *The coming anarchy*, a.a.O., S. 58.

³ Vgl. Zygmunt Bauman, *Die Welt in Panik. Wie die Angst vor Migranten geschürt wird*, in: »Blätter«, 10/2016, 41–50.

⁴ Siehe hierzu die differenzierte Einschätzung von Andreas Frey in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«, 22.2.2016.

⁵ Vgl. etwa Dorothea Schmidt und Sandra Sieron, Editorial: Ökonomie der Flucht und der Migration, in: PROKLA, 2/ 2016, S. 172–180; Kristina Dietz, *Der Klimawandel als Demokratiefrage. Sozial-ökologische und politische Dimensionen von Vulnerabilität in Nicaragua und Tansania*, Münster 2011.



ökologischen Kosten zu externalisieren: Diese Externalisierung nimmt die Gestalt von CO₂ an, das bei der Herstellung der Konsumgüter für den globalen Norden emittiert und von den Ökosystemen der Südhalbkugel absorbiert wird (bzw. sich in der Atmosphäre konzentriert). Sie tritt in Gestalt von metallischen Rohstoffen aus dem globalen Süden auf, die die unabdingbare Voraussetzung von Digitalisierung und »Industrie 4.0« im globalen Norden darstellen. Sie zeigt sich aber auch in Gestalt jener Arbeitskräfte im globalen Süden, die bei der Extraktion von Mineralien und Metallen, bei der Wiederverwertung unseres Elektroschrotts oder beim Schuften auf pestizidverseuchten Plantagen, die die im globalen Norden verzehrten »Südfrüchte« hervorbringen, ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren.⁶

Die imperiale Lebensweise

Eine Lebensweise, die auf derartigen Voraussetzungen beruht und immer auch die Produktionsweise einschließt, ist imperial. Das alltägliche Leben in den kapitalistischen Zentren wird wesentlich durch die Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Naturverhältnisse andernorts ermöglicht. Das geschieht durch den im Prinzip unbegrenzten Zugriff auf das Arbeitsvermögen, die natürlichen Ressourcen und Senken im globalen Maßstab.⁷ Entscheidend für das Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie nicht nur die eigenen Gesellschaften, sondern auch die Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhältnis zur Natur gestalten. Dies wiederum ist

grundlegend dafür, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist. Umgekehrt strukturiert die imperiale Lebensweise im globalen Norden die Gesellschaften an anderen Orten in hierarchischer Weise entscheidend mit. Der Ausdruck »andernorts« ist in seiner Unbestimmtheit durchaus bewusst gewählt. In Haushaltsgeräten, medizinischen Apparaten oder Infrastrukturen des Transports sowie der Wasser- und der Energieversorgung stecken Rohstoffe, deren Herkunft nicht sichtbar ist. Das Gleiche gilt für die Arbeitsbedingungen, unter denen diese Rohstoffe ausgebeutet oder Textilien und Lebensmittel hergestellt werden. Und es trifft auch auf den Energieaufwand zu, der dafür erforderlich ist. All dies bleibt beim Kauf, beim Konsum und bei der Nutzung vieler notwendiger Alltagsgegenstände verborgen – dazu gehören auch die »kulturellen Lebensmittel« wie Print- oder digitale Medien. Nur aufgrund dieser unsichtbaren sozialen und ökologischen Voraussetzungen können diese Produkte überhaupt so selbstverständlich gekauft und genutzt werden.

Der Agrarsoziologe Philip McMichael spricht von »Food from nowhere« – Essen aus dem Nirgendwo – und meint das Verdunkeln der Herkunft und Produktion von Lebensmitteln, mit der ihre räumlich unbegrenzte Verfügbarkeit normalisiert wird.⁸ Erdbeeren aus China, die im Winter in deutschen Schulküchen angeboten werden, Tomaten, die illegalisierte Migrantinnen in Andalusien für den nordeuropäischen Markt produzieren, und Garnelen, die unter Zerstörung thailändischer oder

ecuadorianischer Mangrovenwälder für die Konsumenten im globalen Norden gezüchtet werden, sind Beispiele hierfür.

Die imperiale Lebensweise beruht auf Produktions-, Vertriebs- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praktiken der Bevölkerung im globalen Norden – und zunehmend auch in den Schwellenländern des globalen Südens – eingelassen sind. Gemeint sind nicht nur die materiellen Praktiken, sondern insbesondere die sie ermöglichenden strukturellen Bedingungen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Leitbilder und Diskurse. Zugespitzt formuliert: Die Standards des »guten« und »richtigen« Lebens, das ja vielfach aus der imperialen Lebensweise besteht, werden im Alltag geprägt, auch wenn sie dabei Teil umfassender gesellschaftlicher Verhältnisse und insbesondere von materiellen und sozialen Infrastrukturen sind.⁹

Der Kauf eines Autos ist beispielsweise eine bewusste Handlung, die sich in infrastrukturell, institutionell oder von gesellschaftlichen Leitbildern vorgegebenen und habituell verinnerlichten Bahnen vollzieht. So beeinflussen zahlreiche überindividuelle und den Individuen nicht notwendigerweise bewusste Faktoren die Kaufentscheidung. Dazu gehören ein zu Lasten des öffentlichen Personentransports ausgebautes Straßennetz und staatliche Kauf- und Nutzungsanreize für PKW, aber auch vorherrschende Männlichkeitsbilder und Vorstellungen individueller Unabhängigkeit. Ebenso wichtig sind Wertschöpfungsketten, die eine billige Aneignung von Ressourcen und Arbeitskräften andernorts ermöglichen, sowie laxer Abgasnormen und eine gesellschaftliche Statuskonkurrenz, die auch über den Autobesitz ausgetragen wird. All diese Faktoren verleihen der Entscheidung fürs Auto erst ihre »Rationalität« und lassen sie als normal erscheinen. Sie bringen aber auch die Herrschaft begründenden und reproduzierenden Voraussetzungen, unter denen sie getroffen wird, gegebenenfalls auch ihre Gewaltförmigkeit, zum Verschwinden.

⁶ Vgl. Stephan Lessenich, »Weil wir es uns leisten können«. Wie und warum wir über die Verhältnisse anderer leben, in: »Blätter«, 11/2016, S. 91-102.

⁷ Senken sind jene Ökosysteme, die mehr von einem bestimmten Stoff aufnehmen, als sie selbst an ihre Umwelt abgeben (wie Regenwälder und Ozeane im Fall von CO₂). Allerdings wären die Begriffe »Ressourcen« und »Senken« weiter zu problematisieren, denn sie beinhalten bereits terminologisch ein instrumentelles Verständnis der äußeren Natur des Menschen: Ressourcen und Senken existieren nicht per se, sondern nur in Bezug auf bestimmte und historisch wandelbare gesellschaftliche Bedürfnisse.

⁸ Philip McMichael, The World Food Crisis in Historical Perspective, in: »Monthly Review«, 3/2009.

⁹ Dieter Kramer, Konsumwelten des Alltags und die Krise der Wachstumsgesellschaft, Marburg 2016, S. 29.

Die Abwälzung der Kosten

Demgegenüber gilt es, sichtbar zu machen, was den Alltag – das Produzieren und Konsumieren – der Menschen im globalen Norden sowie einer größer werdenden Zahl von Menschen im globalen Süden überhaupt erst ermöglicht. Das geschieht meist, ohne die Schwelle der bewussten Wahrnehmung oder gar der kritischen Reflexion zu überschreiten. Denn Normalität ergibt sich gerade, wenn die ihr zugrunde liegende Zerstörung ausgeblendet wird. Mit anderen Worten: Die Alltagspraktiken sowie die ihnen zugrunde liegenden gesellschaftlichen und internationalen Kräfteverhältnisse erzeugen und verstetigen die Herrschaft über Mensch und Natur.

Folglich müssen wir erklären, wie und warum sich so etwas Normalität herstellt – in einer Zeit, in der sich Probleme und Krisen häufen, zuspitzen und überlagern: Das betrifft die soziale Reproduktion und die Ökologie, es gilt für Wirtschaft und Finanzen, aber auch für Geopolitik, europäische Integration und Demokratie.

Um diesen Widerspruch zu verstehen, ist die imperiale Lebensweise zentral. Denn bei ihr handelt es sich um ein Paradoxon, das im Zentrum verschiedenster Krisenphänomene steht: Sie wirkt einerseits in vielen Teilen der Welt verschärfend auf den Klimawandel und die Vernichtung von Ökosystemen, auf die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen und die Zerstörung lokaler Ökonomien oder auf die geopolitischen Spannungen, von denen man noch bis vor wenigen Jahren ausging, sie seien mit dem Ende des Kalten Krieges überwunden worden. Mehr noch: Sie bringt diese Krisenphänomene wesentlich mit hervor. Andererseits trägt sie aber dort, wo sich ihr Nutzen konzentriert, zur Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse bei. So wäre es ohne die auf Kosten von Mensch und Natur andernorts hergestellten und eben deshalb billigen Lebensmittel womöglich weitaus schwieriger gewesen, die Reproduktion der unteren Gesellschaftsschichten des globalen Nordens auch angesichts der tiefen Wirtschaftskrise seit 2007 zu gewährleisten.

Folglich werfen die gegenwärtigen Krisen und Konflikte ein grelles Licht auf die Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise. Viele Probleme – wie unter anderem der Klimawandel – spitzen sich heute auch deshalb derart krisenhaft zu, weil sich die imperiale Lebensweise derzeit zu Tode siegt. Ihrem Wesen nach beinhaltet sie im globalen Maßstab immer den überproportionalen Zugriff auf Natur und Arbeitskraft, mit anderen Worten: auf ein »Außen«. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen dazu aber bereit sind bzw. je mehr sie selbst darauf angewiesen sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren.

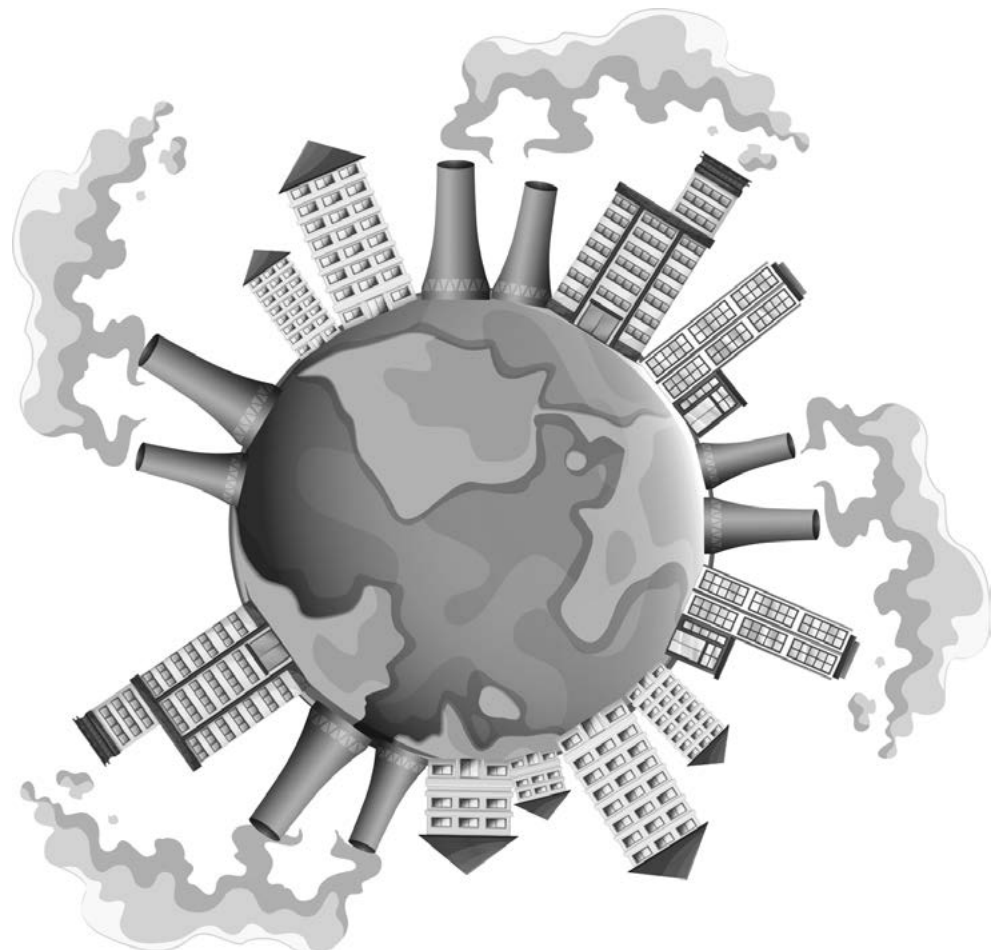
Und genau das ist derzeit der Fall. Im gleichen Maße, wie sich Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien kapitalistisch entwickeln und die dortigen Mittel- und Oberklassen sich »nördliche« Vorstellungen und Praktiken des guten Lebens zu eigen machen, wachsen ihr Ressourcenbedarf und die Notwendigkeit, Kosten etwa in Gestalt von CO₂ zu externalisieren. Sie steigen dadurch nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Hinsicht zu Konkurrenten des globalen Nordens auf. Das Resultat sind öko-imperiale Spannungen, wie sie sich etwa in der globalen Klima- und Energiepolitik zeigen.

Dazu kommt, dass immer weniger Menschen im globalen Süden bereit sind, sich ihr Leben von der imperialen Lebensweise des globalen Nordens zerstören zu lassen. Die aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen sind auch vor diesem Hintergrund zu sehen. In ihnen zeigt sich zudem die ungebrochene Attraktivität, die die imperiale Lebensweise auf diejenigen ausübt, die bislang nicht an ihr teilhaben konnten: Die Geflüchteten suchen Sicherheit und ein besseres Leben, das unter Bedingungen der imperialen Lebensweise in den kapitalistischen Zentren eher zu realisieren ist als anderswo.

Dies erklärt auch, warum sich die repressive und gewaltförmige Seite der imperialen Lebensweise – in Gestalt von Rohstoffkonflikten oder der Abschottung gegen Geflüchtete – gerade heute so deutlich offenbart. Die imperiale Lebensweise

beruht auf Exklusivität, sie vermag sich nur so lange zu erhalten, wie sie über ein Außen verfügt, auf das sie ihre Kosten verlagern kann. Dieses Außen schwindet jedoch, denn immer mehr Ökonomien greifen darauf zu und immer weniger Menschen sind bereit oder in der Lage, die Kosten von Externalisierungsprozessen zu tragen. Die imperiale Lebensweise wird dadurch zum Opfer ihrer eigenen Attraktivität und Verallgemeinerung.

Den kapitalistischen Zentren bleibt dann nur noch der Versuch, ihre Lebensweise durch Abschottung und Ausgrenzung exklusiv zu stabilisieren. Damit bringen die Vertreter dieser Politik, die sich in der Regel selbst als »bürgerliche Mitte« etikettieren, genau das hervor, was sie als ihren Widerpart begreifen: autoritäre, rassistische und nationalistische Bestrebungen. Dass diese derzeit überall erstarken, liegt auch daran, dass sie sich in der Krise als die eigentlichen, weil konsequenteren Garanten jener Exklusivität inszenieren können, die im Normalbetrieb der imperialen Lebensweise immer schon angelegt ist. Und im Unterschied zu ihren »bürgerlichen« Konkurrenten vermögen sie ihrer Wählerschaft ein Angebot zu machen, das diese auf eine subalterne Position festlegt und sie gleichzeitig aus ihrer postdemokratischen Passivierung befreit. Nora Räthzel hat diesen Mechanismus im Hinblick auf den Rassismus, wie er sich im Deutschland der frühen 1990er Jahre artikuliert, treffend als



»rebellierende Selbstunterwerfung« bezeichnet. Den Akteuren wird es dabei ermöglicht, »sich als Handelnde in Verhältnissen zu konstituieren, denen sie ausgeliefert sind«.¹⁰

Unhaltbare Produktions- und Konsumnormen

Wenn diese Diagnose zutrifft, dann müssen die Anforderungen an eine Alternative radikaler formuliert werden, als dies im Mainstream der Ökologiedebatte geschieht. Es reicht nicht mehr, eine »grüne Revolution«¹¹ oder einen neuen »Gesellschaftsvertrag«¹² einzufordern. Denn dies lässt, der starken Rhetorik zum Trotz, die politische Ökonomie der Probleme sowie die imperiale Lebensweise unangetastet. Auch greift es zu kurz, implizit oder explizit darauf zu setzen, dass »die Politik« aus der unabwiesbaren Tatsache der ökologischen Krise endlich die richtigen Konsequenzen zieht. Damit übersieht man, dass der Staat kein möglicher Gegenpol, sondern ein wesentlicher Garant für die institutionelle Absicherung der imperialen Lebensweise ist.

Stattdessen kommt es zunächst darauf an, die ökologische Krise, die nicht allein der Klimawandel anzeigt, als deutlichen Hinweis auf ein

grundsätzlicheres Problem anzuerkennen: Die Produktions- und Konsumnormen des globalen Nordens, die sich mit dem Kapitalismus herausgebildet und schließlich verallgemeinert haben, lassen sich selbst in ihrer ökologisch modernisierten Variante nur auf Kosten von immer mehr Gewalt, ökologischer Zerstörung und menschlichem Leid aufrechterhalten – und auch dies nur in einem kleinen Teil der Welt. Aufgrund der autoritären, weiter auf Inwertsetzung der Natur und gesellschaftliche Spaltung setzenden Politik erleben wir derzeit eine beispiellose Anhäufung der Widersprüche. Die Reproduktion der Gesellschaft und ihrer biophysikalischen Grundlagen kann über den kapitalistischen Wachstumsimperativ immer weniger gesichert werden. Wir erleben eine Krise des Krisenmanagements, eine Hegemonie- und Staatskrise.

Darauf antworten wiederum vielfältige Alternativen. Diese gilt es auf ihre Verallgemeinerungsfähigkeit und auf ihre verbindenden, die gesellschaftliche Wirkmächtigkeit steigernden Elemente zu befragen: Inwieweit zeichnen sich in den Bewegungen für Energiedemokratie, Ernährungssouveränität oder solidarische Ökonomie, um nur einige zu nennen, die Umriss einer Vergesellschaftung ab, die in einem starken Sinne

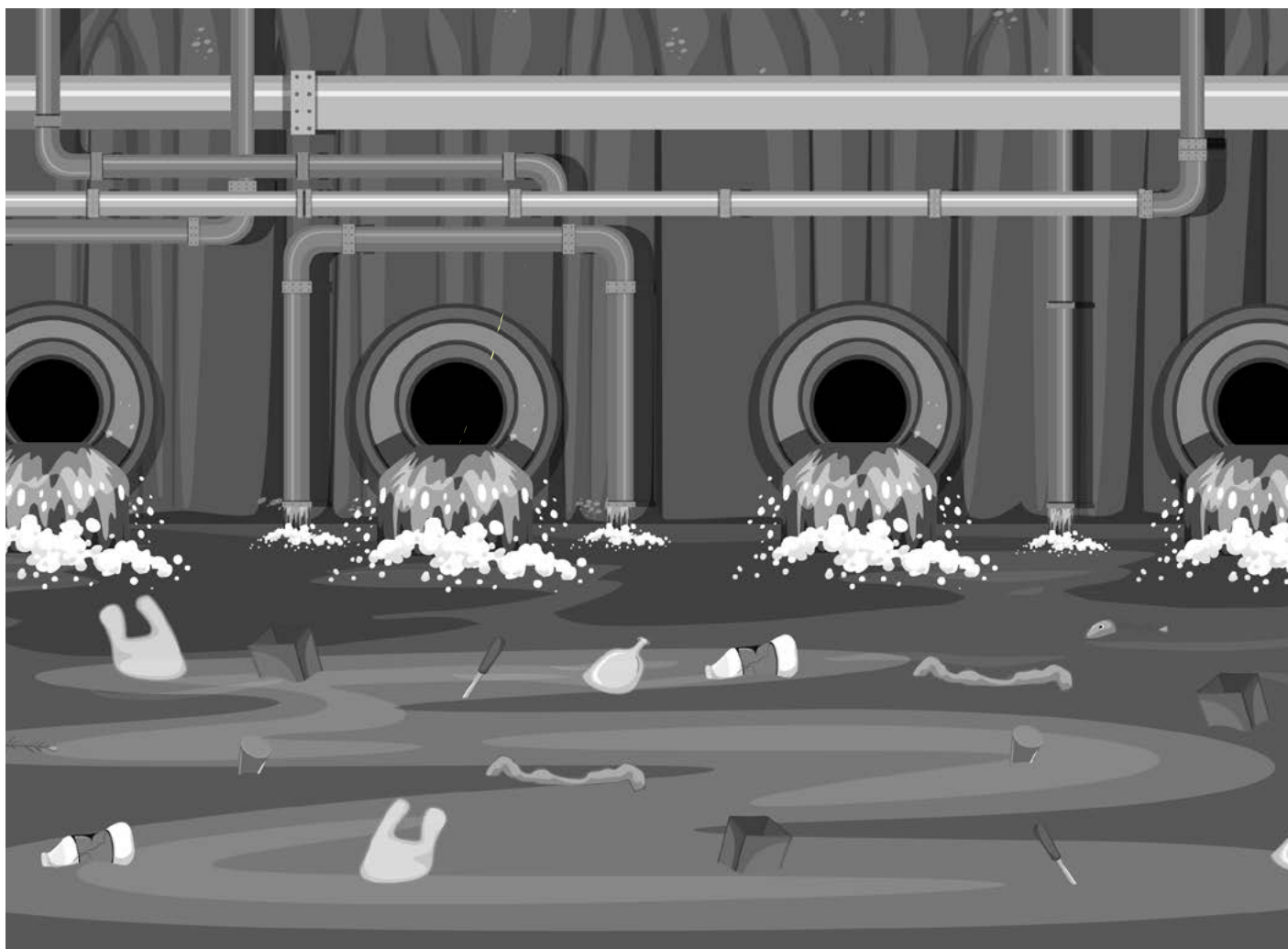
demokratisch ist? Das wäre eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip gründet, dass alle, die von den Folgen einer Entscheidung betroffen sind, gleichberechtigt an deren Zustandekommen mitwirken. Und nur ein solches gesellschaftliches Ordnungsprinzip ist eine angemessene Antwort auf die unhaltbar gewordene imperiale Lebensweise.

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um das gekürzte und leicht veränderte Einleitungskapitel sowie um Teile des dritten Kapitels des Buches der Autoren »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus«, das im März 2017 im Oekom-Verlag, München, erschienen ist. Die vorliegende Version basiert auf einer Publikation in »Blätter für deutsche und internationale Politik« (Mai 2017).

¹⁰ Nora Räthzel, Rebellierende Selbstunterwerfung. Ein Deutungsversuch über den alltäglichen Rassismus, in: »links«, 12/1991, S. 25. Vgl. auch Christoph Butterwegge, Stolz auf den »Wirtschaftsstandort D«, in: »taz«, 1.8.2016.

¹¹ Ralf Fücks, Intelligent wachsen. Die grüne Revolution, München 2013.

¹² WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Berlin 2011.



»Eure Stimme, unsere Zukunft«

Wie die Hamburger Fridays for Future gemacht werden

Von Oliver Trier, Hamburg

Seit neun Monaten demonstriert Fridays for Future auf Hamburgs Straßen und mobilisierte bis zu 25.000 junge Menschen. Die Schüler/innen und Studierenden fordern einen radikalen Wechsel der Klimapolitik von Stadt und Land.

Es ist kurz nach halb vier, als sich der Lautsprecherwagen endlich seinen Weg durch den Feierabendverkehr bis zum Hauptbahnhof gebahnt hat. Die Sanitäter/innen warten bereits seit einiger Zeit in der prallen Nachmittagssonne, als der Wagen am Hachmannplatz ankommt. Zu diesem letzten Freitag im August hat Fridays for Future (FFF) nicht wie gewohnt zu einem Schulstreik am Vormittag aufgerufen. Zwei Tage vor den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen will die Hamburger Ortsgruppe unter dem Motto: »Eure Stimme, unsere Zukunft« am Nachmittag demonstrieren.

Helfende Hände. Nach und nach treffen auch die ersten Schüler/innen am verabredeten Auftaktplatz der Demonstration an, während der Lautsprecherwagen vom Transporter gelöst wird. »Könnt Ihr mal alle anpacken?« ruft Andreas Schnoor den wartenden Demonstranten zu. Der 18-jährige Schüler engagiert sich normalerweise bei der Jugend- sowie der Freiwilligen Feuerwehr. Freitags aber ist er in erster Linie Klimaschutzler.

»Vier Ecken, vier Menschen – gerne noch mehr!« Sofort kommen einige Jugendliche zum Wagen und helfen das Dach vom Anhänger erst herunterzuheben. Routiniert und mit geübten Griffen verwandeln die jungen Aktivisten den Wagen zu einer fahrbaren Bühne.

Andreas erinnert sich noch gut, wie es mit seinem Engagement für FFF losging: »Ich bin seit der ersten Demonstration im Dezember 2018 dabei.« Eine Freundin habe ihn damals gefragt, ob er nicht auch zu »dieser Demo« wolle. »Wir sind tatsächlich hingegangen und ich habe mich gut mit den Leuten unterhalten, die die Kundgebung angemeldet hatten«, erzählt Andreas. Er habe auch von seinem Engagement bei der Jugendfeuerwehr erzählt und sei kurz danach in eine Whatsapp-Gruppe aufgenommen worden. »Und wie das bei FFF so ist: Aus dieser Whatsapp-Gruppe bin ich schnell in der nächsten Gruppe gelandet und habe angefangen meine ersten Aufgaben zu übernehmen.«

Mit ihrem Protest vor dem schwedischen Reichstag am 20. August 2018 brachte die damals 15-jährige Greta Thunberg die Entstehung einer weltweiten Klimaschutzbewegung junger Menschen ins Rollen. Ihre Idee, während der Schulzeit auf die Straße zu gehen und für umfassende und schnelle Klimaschutz-Maßnahmen zu kämpfen, motivierte junge Menschen auch in anderen Ländern

zu eigenen Streikaktionen. In Hamburg startete am 14. Dezember die erste FFF-Kundgebung mit ungefähr 60 Teilnehmern/innen. Zur zweiten Demonstration im Januar 2019 zogen dann schon 2.000 junge Menschen vor das Hamburger Rathaus. Als sich Greta Thunberg vor den Märzferien dem Streik in Hamburg anschloss, beteiligten sich sogar 10.000 an der Kundgebung. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die hiesige Ortsgruppe Ende Mai, als sich im Vorfeld der Europawahl allein in Hamburg 25.000 Menschen am globalen Klimastreik beteiligten.

»Langsam wird es heiß«, steht auf einem der Plakate geschrieben, mit dem sich junge Menschen frische Luft zu fächern, während sie auf den Beginn der Kundgebung warten. Um 16 Uhr sollte es losgehen, doch noch wird am Lautsprecherwagen fleißig gewerkelt. »Das wirkt alles ein wenig unorganisiert, ein wenig spontan«, raunt ein älterer Herr mit Brille seinen Bekannten zu, während sie im Schatten eines Großraumtaxi darauf warten, dass es losgeht. So sehr können Wahrnehmungen auseinandergehen. Denn die Aktivisten erwecken nach Außen den Eindruck, als wüssten sie genau, was sie tun.

In der Zwischenzeit füllt sich der Hachmannplatz von Minute zu Minute. Leere Pfanddosen werden aufgesammelt und neben den Müllereimer gestellt, um in Windeseile von einer Flaschensammlerin weggeräumt zu werden. Gegenüber vom Bieberhaus interviewt ein Team vom NDR die 16-jährige Annika für einen Beitrag im Nachmittagsprogramm. Die Schülerin engagiert sich seit den Märzferien bei FFF und war in die Organisation der heutigen Kundgebung eingebunden. »Ich bin schon immer politisch sehr interessiert gewesen, habe aber vor FFF nichts gefunden, was mich zu einem persönlichen Engagement reizte«, erzählt Annika. »Doch mit der Zeit ist mir klar geworden, wie wichtig Klimaschutz ist und wie wichtig es ist, jetzt etwas zu unternehmen!«

Forderungen. Anfang April legte FFF konkrete Forderungen an die Politik vor: Die Ziele des Pariser Abkommens und das 1,5°C-Ziel müssten eingehalten werden. Für Deutschland würde das nach Ansicht der Klimaschutzbewegung bedeuten, bis 2035 die sogenannte »Nettonull« zu erreichen – also nicht mehr CO₂ zu produzieren, als Natur oder Speichersysteme kompensieren können. Darüber hinaus formulierte die Hamburger Ortsgruppe im August auch konkrete Forderungen an die Hamburgische Bürgerschaft und den Senat. Auch die Stadt müsse bis 2035 klimaneutral werden und zu diesem Zwecke u.a. das bis dahin zur Verfügung stehende CO₂-Budget auf alle Behörden verteilen. **»Es übt mehr Druck auf die Politik aus**, wenn wir während der Schulzeit streiken«, meint Wanja, der



mit seinen Freunden Michael, Niels und Matti aus Bergedorf gekommen ist, um zu demonstrieren. »Aber natürlich wird das irgendwann normal. Deswegen ist es auch gut, dass es heute mal an einem Nachmittag ist. Das zeigt, dass wir es ernst meinen.« Die vier Freunde seien im März das erste Mal zu einer Aktion von FFF dabei gewesen und kämen seitdem regelmäßig, erzählen sie gut gelaunt. Es habe sich so eingespielt, dass sie es immer in der Klasse absprechen würden, wer hingehge und wer nicht. Manchmal würde es wegen Hausaufgaben oder wegen anstehender Theaterproben nicht gehen. Die prominenteste Wirkungsstätte von FFF ist die Straße. Hier entstehen die Bilder für die

Nachrichten, die das Thema Klimaschutz in die Mitte der Gesellschaft gebracht haben. Doch ohne das Internet blieben die Straßen leer. »Alles vernetzt sich über soziale Netzwerke und soziale Medien«, erzählt Andreas und nimmt einen Schluck aus einer Flasche mit »lautem« Mineralwasser. Inzwischen kommuniziert FFF über drei Messenger-Dienste und Social Media.« Durch Accounts auf Facebook, Instagram und Twitter kann die Hamburger Ortsgruppe für ihre geplanten Aktionen werben. Chat-Gruppen auf Messenger-Diensten wie Whatsapp und Telegram ermöglichen interessierten Jugendlichen mit den Klimaaktivisten/innen in Kontakt zu treten. Gleichzeitig geben die Reaktionen, die FFF über Facebook und Co. erreichen, auch einen Eindruck davon, wie die Aktionen ankommen. »Es ist ein sehr gemischtes Bild, aber das meiste ist dann doch positiv«, versichert Andreas.

»Es ist nicht deine Schuld, dass die Welt ist, wie sie ist. Es wär' nur deine Schuld, wenn sie so bleibt.« Aus den Boxen erklingt »Deine Schuld« von den Ärzten, als der Lautsprecherwagen mit einer Viertelstunde Verspätung zum Leben erwacht. Währenddessen verteilen Freiwillige ohne Pause Sticker und Flyer, die zur Teilnahme am nächsten weltweiten Klimastreik am 20. September unter dem Motto »#AlleFürsKlima« aufrufen. Wenn dann in Berlin das Klimakabinett der Bundesregierung tagen wird, um zu beschließen, mit welchen Maßnahmen der Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland reduziert werden sollte, hofft FFF in Hamburg mit einem breiten Bündnis, alle Generationen auf die Straße bringen. »Wir wollen zeigen, dass der Schutz des Klimas nicht nur ein Thema für Schüler/innen und Studierende ist, sondern für alle wichtig ist«, stellt Annika klar.

Die ersten beiden Redebeiträge eröffnen die Kundgebung und dann geht es endlich los: Das Transparent mit der Aufschrift »Eure Stimme, unsere Zukunft« nimmt seinen Platz an der Spitze des Demonstrationzugs ein, und auch der Lautsprecherwagen wird von tatkräftigen Jugendlichen in Stellung gebracht.

»Tatsächlich sind wir zum ersten Mal dabei«, gestehen Emily, Smilla und Hannah lachend. Die drei Schülerinnen besuchen die 12. Klasse, und das Abitur steht vor der Tür. Für ihre Plakate hätten sie sich Inspiration aus dem Internet geholt. Gern wären sie schon früher dabei gewesen, aber während der Schulzeit sei eine Teilnahme für sie noch keine Option gewesen. »Wir haben das Gefühl, mit unserem Engagement bei FFF etwas bewirken zu können«, sind sie sich einig. Dass FFF inzwischen auch mit der Hamburgischen Bürgerschaft im Gespräch sei, zeige, dass die Proteste ankämen und gehört würden. Es habe natürlich auch schon vorher Organisationen gegeben, in denen Jugendliche etwas bewirken könnten, meint Smilla. Aber dort sei das Engagement immer auch mit einem hohen Aufwand an Freizeit verbunden.

Strukturen. Mittlerweile bilden in Deutschland über 600 Ortsgruppen die Basis für FFF. Wo es noch keine Gruppe gibt, kann ohne viel Aufwand eine neue gegründet und über die Homepage von FFF eingetragen werden. Jede Ortsgruppe ist frei in ihren Entscheidungen und kann drei Delegierte wählen, die die Vertretung zur Bundesebene übernehmen. »Jedes Wochenende gibt es ein großes Orga-Treffen, zu dem alle eingeladen werden, die sich gern beteiligen wollen«, erklärt Annika. Von 80 regelmäßigen Aktivisten/innen seien im Schnitt ca. 40 dabei, um im Plenum Anfragen und Fragen abzustimmen und zu besprechen, was zu tun sei. »Die konkrete Arbeit geschieht dann in einzelnen Arbeitsgruppen (AGs). Es gibt beispielsweise die Schul-AG, die Studierenden-AG, die Mobilisierungs-AG, die sich um die Mobilisierung der Streikaktionen kümmert, und die Struktur-AG, die sich mit allen internen Angelegenheiten befasst.« So kümmere sich die Struktur-AG um die Tagesordnung und Räume für die Sitzungen oder organisiere Wahlen.

»Wer mitmachen möchte, kann über unsere Info-Gruppen auf Whatsapp oder Telegram erfahren, wann die Termine sind, und erfährt den Ort auf Nachfrage. Oder man schreibt uns einfach direkt per Mail oder über jegliche Social-Media-Accounts an, die wir im Angebot haben.«

Marschroute. Vom Hachmannplatz aus geht es über die Ernst-Merck-Straße einmal um den Hauptbahnhof herum. Vor dem Vattenfall-Kundenzentrum am Glockgießerwall stimmt Annika vom Lautsprecherwagen aus einen neuen, an dieser Stelle offensichtlich bewährten Sprechruf ein: »Moorburg stoppen, Hambi bleibt – one struggle, one fight!« Interessiert verfolgen Passanten, wie sich der lautstarke Demonstrationzug über den Ring 1 seinen Weg durch den Hamburger Feierabendverkehr bahnt. Handys werden gezückt und halten die Eindrücke auf Videos fest. Die Demonstrierenden nutzen die Gelegenheit, um großzügig Flyer zu verteilen und die Passanten über FFF aufzuklären. Um kurz vor fünf schließt sich eine Herrenrunde mittleren Semesters samt Rollkoffern fröhlich dem Klimaprotest an – Trolleys for Future.



Serie: WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre WirkungsStätten und schaut über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

Vernetzung. »Wir wollen generell für alle offen sein«, meint Annika. Aber bisweilen würde FFF vor allem als eine Bewegung von Schüler/innen wahrgenommen. Deswegen versuche man mit der Studierenden-AG auch an den Universitäten prä-senter zu werden. Die Klima-Uni von unten, die regelmäßig an der Universität Hamburg stattfindet, sei ein gutes Beispiel dafür. »Darüber hinaus stehen wir in einem engen Kontakt mit den anderen Teilen der For-Future-Bewegung: den Scientist for Future oder den Parents for Future.« Auch das breite Bündnis für den Klimastreik am 20. September sei der bewusste Versuch, die Bewegung noch besser in der Gesellschaft zu verankern. Gute Kontakte gäbe es schon zu Umweltorganisationen und Gewerkschaften und natürlich zu den mit ihnen verbundenen Jugendorganisationen. Einen guten Austausch pflege FFF auch mit Extinction Rebellion (XR). »Jede*r muss für sich entscheiden, wie weit der Einsatz für mehr Klimaschutz gehen darf. Doch am Ende sind wir alle Teil einer großen Klimaschutzbewegung.«

»Keep it in the ground, keep it in the ground«, schallt ein weiterer Sprechchor von den Glasfas-saden der Hochhäuser zurück. Auf ihrem Zug durch die Hamburger Innenstadt bringt die Kundgebung den Hamburger Feierabendverkehr zum Erliegen, indem sie zum inzwischen zweiten Mal die Willy-Brandt-Straße überquert. Mit aller Kraft hupt ein LKW-Fahrer. Es wird nur nicht klar, ob er die Sprechchöre überstimmen oder unterstützen will. Doch je näher die knapp 1.000 Schüler/innen und Studierenden dem Rathaus kommen, desto laut-stärker werden sie.

»Die Jugendverbände trauen sich noch nicht so sehr an uns ran«, wundert sich Andreas. Seiner Ansicht nach gäbe es auf Seiten der



Klimaschutzbewegung durchaus den Wunsch nach Kontakt. »Am besten wäre es, wenn uns Jugendverbände mal zu sich einladen würden. Wir machen zum Beispiel sehr gern kleinere Podiumsdiskussionen und Veranstaltungen, bei denen man ins Gespräch kommt.« Daraus könne sich sehr viel entwickeln. Doch bislang kämen vor allem Nichtregierungsorganisationen und Journalisten/innen auf sie zu. »Solche Treffen sind oft wichtig, um bei Leuten, die sich noch nicht so sehr mit FFF auseinandergesetzt haben, den Eindruck zu korrigieren, dass wir nur ein Partyevent am Freitag seien.«

Um halb sechs erreicht der Klimastreik sein Ziel. Jubel bricht unter den Jugendlichen aus, die den Lautsprecherwagen vom Hauptbahnhof bis zum

Gänsemarkt gezogen haben. Nachdem sich die Organisatoren/innen bei allen Helfern/innen und vor allem den Sanitätern/innen und Wagenziehern/innen bedankt haben, hält Annika noch eine Rede zum Abschluss der Kundgebung. Die Angewohnheit, die eigene Verantwortung für Klimapolitik vom Land auf den Bund und von dort auf die EU zu schieben, müsse aufhören. »Sonst wird sie am Ende an spätere Generationen weitergegeben«, erklärt Annika. Die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen seien Klimawahlen und eine Chance, das Ruder noch umzureißen. »Wir sind die erste Generation, die mit den Auswirkungen der Klimakatastrophe aufwachsen muss, die aktuellen Politiker/innen sind die letzte Generation, die der Irreversibilität der Klimaschäden noch entgegenwirken können.«



Unterkunft und Lernort mit kleinem Fußabdruck

Was Nachhaltigkeit in Jugendherbergen heißt und warum Jugendherbergen ihren CO₂-Fußabdruck erheben



Von Karin Studier, Deutsches Jugendherbergswerk
– Landesverband Nordmark

Zufriedene Gäste, zufriedene Mitarbeiter/innen, geschützte Umwelt – das leitet unser Handeln. Der Gedanke, Wirtschaftlichkeit mit sozialen und ökologischen Zielen zu verknüpfen, hat bei Jugendherbergen eine lange Tradition. Gesicherte Lebensgrundlagen und Entwicklungschancen für jetzige und künftige Generationen durch eine nachhaltige Entwicklung sind unser Ziel. Das spiegelt sich in Satzung, Bewirtschaftung und Programm wider. Und hierfür steht das »Rahmenkonzept für eine nachhaltige Unternehmensentwicklung im DJH«. Es wurde 2014 vom Deutschen Jugendherbergswerk verabschiedet und danach auch im Landesverband Nordmark e. V., dem Trägerverein für die 45 Jugendherbergen in Schleswig-Holstein, Hamburg und dem

nördlichen Niedersachsen, mit insgesamt 8226 Betten und über einer Million Übernachtungen pro Jahr, als Ziel formuliert und eingeführt.

Aber wie lässt sich dieses abstrakte Ziel im Alltag einer Unterkunft für Kinder, Jugendliche und Familien konkret umsetzen? Welche Standards sind sinnvoll, welche sind leicht umzusetzen? Wo gibt es Stolpersteine oder Widersprüche? Was wollen die Gäste? Was ist für Mitarbeiter/innen wichtig? Einige Antworten darauf und einen Einblick in unseren Weg zur Nachhaltigkeit gibt dieser Bericht. Der Fokus liegt dabei auf ökologischen Aspekten, doch auch soziale sollen erwähnt werden.

Unsere soziale Verantwortung als Arbeitgeber spiegelt sich in einem betrieblichen Gesundheitsmanagement, umfangreichen Aus- und Fortbildungsangeboten für Mitarbeiter/innen aller Funktionsbereiche von Jugendherbergen, Möglichkeiten zum internationalen Mitarbeiteraustausch im Rahmen des weltweiten Jugendherbergsnetzes, der Beschäftigung von Menschen mit Handicap, Löhnen über dem gesetzlichen Mindestlohn oder dem Angebot einer betrieblichen Altersvorsorge.

Das Stichwort »barrierefrei« steht für ein Beispiel unserer sozialen Verantwortung Gästen gegenüber. Rolli-Piktogramme bei Jugendherbergsbeschreibungen in unseren Katalogen und auf

unserer Website sind ein erster Hinweis darauf, ob eine Jugendherberge für Gäste mit Mobilitätseinschränkungen geeignet ist. Im Einzelfall ist dies allein aber nur bedingt aussagekräftig. Ob eine Unterkunft wirklich für einen konkreten Gast geeignet ist, ist von vielem abhängig. Die Größe eines Rollstuhls ist wichtig, bei einem Durchgang kommt es dann ggfs. auf den Zentimeter an, und die Frage, von welcher Seite eine Sanitäreinrichtung anfahrbar ist, kann entscheidend sein. Deshalb war es uns wichtig, unsere Informationen zur Barrierefreiheit so präzise wie möglich zu fassen. Unser Projekt »Vermessung barrierefrei« erbrachte dafür neben einer genaueren Beschreibung der Zugänglichkeit von Jugendherbergen aus der Sicht einer Betroffenen viele Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten. Dass bei Baumaßnahmen die Barrierefreiheit immer mitbedacht und soweit wie möglich umgesetzt wird, ist selbstverständlich. Jedoch ist auch klar, dass bei einem gemeinnützigen Träger nicht gleichzeitig und überall alle denkbaren baulichen Verbesserungsmöglichkeiten umgesetzt werden können.

Unsere ökologischen Nachhaltigkeitsstandard reichen vom Einsatz regenerativen Stroms über Zielvorgaben bei der Ausstattung mit LED und Durchflussmengenbegrenzern bis hin zum Ausbau des vegetarischen Verpflegungsangebots oder der Qualität der angebotenen Bildungsprogramme – um nur einige zu nennen.





Die Stromausschreibungen unserer Einkaufsgenossenschaft berücksichtigen immer auch ökologische Aspekte. So wurden z. B. über den letzten Stromanbieter laut Zertifikat, im Vergleich zum deutschen Strommix, jährlich rund 2000 t CO₂ und 2 kg radioaktiver Abfall vermieden.

Die Ausstattung mit LED und Durchflussmengenbegrenzern weiter voranzutreiben, ist unser Ziel und wird bei allen Reparaturen und Renovierungen berücksichtigt. Wichtig ist aber auch, dass gerade beim Wassersparen auch die Trinkwasserhygiene betrachtet werden muss. Herausfordernd können nicht- oder geringinvestive Energiesparmaßnahmen sein, die mit eingefahrenen Abläufen kollidieren und organisatorische Änderungen und ständige Erinnerungen notwendig machen.

Veggie day. Etwas holprig war unser Versuch, in einigen Jugendherbergen einen vegetarischen Tag in der Woche einzuführen. Dass vegetarische Verpflegung mit angeboten wird, ist selbstverständlich. Dass alle kalten und warmen Mahlzeiten an diesem Tag vegetarisch waren, wurde nicht immer und von jedem positiv aufgenommen. »Vegetarisch« heißt nicht »Es wird etwas weggenommen«, sondern »Es kommt etwas hinzu« – dieser Gedanke muss sich noch weiter durchsetzen. Doch Gästerrückmeldungen wie »Spannend fand ich auch, dass ich mal was Veganer oder Vegetarisches ausprobieren konnte.« oder »Verpflegung war für unseren Geschmack sehr gut und meine Tochter meinte, in dieser JH könne sie sogar zum Vegetarier werden«, bestärken uns weiterzumachen. Es ist eine Binsenweisheit, soll aber noch einmal betont werden: Essen muss schmecken, was bei einer Gemeinschaftsverpflegung grundsätzlich

herausfordernd ist. Der Landesverband hat deshalb eine Reihe von Kochworkshops ins Leben gerufen, die regelmäßigen Erfahrungsaustausch ermöglichen, Kreativität fördern und diesen sehr wichtigen Arbeitsbereich »Küche« weiter entwickeln. Dieses Angebot stieß auf sehr positive Resonanz bei unseren Küchenmitarbeitern/innen.

Nachhaltigkeit. Mülltrennung und Müllreduzierung gehören seit Jahrzehnten zum

Herbergsbetrieb. Sowohl im Gast- als auch im Wirtschaftsbereich wird immer ermöglicht, den Abfall nach Wertstoffgruppen zu trennen. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass die korrekte Nutzung dieser Mülltrennstationen für Gäste in einem Betrieb mit ständig wechselnden Nutzern selten optimal läuft.

Portionsverpackungen haben wir aus Jugendherbergen weitestgehend verbannt, was unsere





Gäste sehr positiv wahrnehmen. Warum die Einschränkung »weitestgehend«? Weil es nach unserer Ansicht eine sinnvolle Überlegung ist, sich zu fragen: Stelle ich eine große Portion Marmelade auf das Buffet, im Wissen, dass es kaum einen Rest geben wird, den ich wegwerfen muss? Oder weiß ich aus Erfahrung, Honig wird von den gerade anwesenden Gästen kaum nachgefragt, weshalb fünf Portionsverpackungen völlig reichen?

Im Verwaltungsbereich wurde komplett auf Recyclingpapier und -kartonagen umgestellt und überlegt, wie der Papierverbrauch überhaupt reduziert werden kann. Digital statt ausgedruckt muss die Devise sein. Der klimaneutrale Versand wurde auf sämtliche Postsendungen ausgedehnt. Unsere Broschüren entstehen auf FSC-Papier und klimaneutral. Damit haben wir z. B. durch Kompensation von Treibhausgasemissionen Projekte zur Wasseraufbereitung und zum Waldschutz in Kenia unterstützt.

Unsere Jugendherbergen bieten verstärkt Programmangebote mit professionellen Partnern und Pädagogen an, die gezielt ökologisches und soziales Lernen ermöglichen und somit das Umweltbewusstsein stärken und das Erkennen ökologischer Zusammenhänge sowie nachhaltiges Handeln allgemein fördern.

CO₂-Fußabdruck. Ein Kern des Nachhaltigkeitskonzepts ist es, für alle Jugendherbergen zwischen Nord- und Ostsee zu ermitteln, welchen CO₂-Fußabdruck ihr Wirtschaften hinterlässt. Mobilität, Energieverbräuche, Verpflegung, Printprodukte, Reinigung/Wäsche, Restmüllaufkommen und Wasserverbrauch fließen in den CO₂-Fußabdruck ein.

Ziel ist es, dass alle Jugendherbergen des DJH weniger als 20 kg CO₂ pro Übernachtung produzieren. Bisher wurden in knapp der Hälfte der Jugendherbergen des Landesverbandes Nordmark Werte zwischen fast 10 bis 15 kg CO₂/Übernachtung ermittelt. Damit haben wir einen sehr guten Anfang gemacht. Das Angebot klimaneutraler Übernachtungen in Jugendherbergen wird ein nächster Schritt sein.

Wichtig ist uns auch: Aus dem CO₂-Fußabdruck können Jugendherbergen wertvolle Tipps für ihren Betrieb herauslesen. Denn er ist auch ein Controlling-Instrument für eine nachhaltige und wirtschaftliche Betriebsführung. Der Betrieb erhält Kennzahlen für den Vergleich mit anderen Betrieben des gleichen Typs und kann nachvollziehen, in welchen Bereichen die größten Emissions- und Kosteneinsparpotenziale liegen.

Immer dann, wenn es im Vergleich der Häuser hierbei große Unterschiede gibt, stellt sich die Frage nach dem Warum. Wenn die Stromverbräuche zwischen 12 und 70 kWh/m² liegen: Ist es erklärbar durch Schließzeiten oder Ausstattungsmerkmale? Oder liegt es am nicht optimal eingestellten Heizkessel, nicht funktionsfähigen Thermostaten oder einer fehlenden Regulierung der Temperaturen in Anpassung an die Belegung? Deutet ein Ausreißer beim Wasserverbrauch auf eine unentdeckte Leckage hin oder spiegelt er die geforderte Legionellenprophylaxe wider? Es lässt sich vielleicht nicht immer sofort eine Antwort finden. Aber Ansatzpunkte für sinnvolle Fragen, die auch zum Verständnis des eigenen Betriebs beitragen, sind immer gegeben.

Insofern schließt sich hier der Kreis: Nachhaltigkeit ist immer als Zusammenspiel aus ökonomischer, ökologischer und sozialer Verantwortung zu sehen. Diese Ansprüche miteinander in Einklang zu bringen, ist ständige Herausforderung im Alltag von Jugendherbergen.



Machen statt warten

Sozialaktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend in Hamburg

Von Oliver Trier, Bund der Deutschen Katholischen Jugend Hamburg

Ende Mai beteiligten sich die katholischen Jugendverbände im Erzbistum Hamburg an der bundesweiten 72-Stunden-Aktion des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), um die Welt mit ihren Aktionen ein klein bisschen besser zu machen. In konkreten Zahlen bedeutete das: 30 angemeldete Gruppen, fast 750 aktive Menschen und eine bessere Welt.

Let's get it started! Begeisterung sieht anders aus. Soeben hat der DPSG-Stamm Jacques Marquette erfahren, welche Aufgabe es in den nächsten 72 Stunden zu meistern gilt – und die Blankeneser Pfadfinder/innen ringen noch ganz hanseatisch mit der richtigen Reaktion auf die frohe Botschaft. Es dauert einen kleinen Moment, bis der Gruppe klar wird, was genau sie eigentlich machen soll: »Cool, Möbel bauen, das können wir!«

Als die Gruppe sich im Dezember 2018 zur 72-Stunden-Aktion angemeldet hatte, mussten sich die Pfadfinder/innen zwischen zwei verschiedenen Projektvarianten entscheiden: Do-it oder Get-it. Wer lieber im Vorfeld planen wollte, wie das eigene Projekt während der Sozialaktion aussehen sollte, entschied sich für Do-it. Doch die Blankeneser/innen wollten sich lieber überraschen lassen und meldeten ihre Gruppe als Get-it-Projekt an. Dementsprechend wussten sie bis gerade eben nicht, welche



Aufgabe auf sie warten würde. Von dieser Unklarheit befreit, stürzen sich die Pfadfinder/innen nun voller Tatendrang in die Planung der kommenden drei Tage.

»Uns schickt der Himmel!« Unter diesem Motto beteiligten sich vom 23. bis zum 26. Mai in ganz Deutschland mehr als 85.000 junge Menschen in knapp 3.400 Projekten an der bundesweiten 72-Stunden-Aktion. Der BDKJ und seine

Jugendverbände hatten Kinder und Jugendliche eingeladen, zwischen Donnerstag, 17:07 Uhr, und Sonntag, 17:07 Uhr, mit ihrem Glauben sprichwörtlich Berge zu versetzen und die Welt mit sozialen, ökologischen oder politischen Projekten ein bisschen besser zu machen.

Diaspora. »Hier oben im Norden fällt das Ganze natürlich ein wenig kleiner aus«, erzählt Zita, während sie den Pfadfindern/innen beim Planen zuschaut. Eigentlich ist Zita Bildungsreferentin der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) und der Christlichen Arbeiterjugend (CAJ). Aber seit über einem Jahr ist sie auch für die Aktionsgruppen in Hamburg verantwortlich. Sie bildet allein den sogenannten Koordinierungskreis (KoKreis) für das Bundesland Hamburg und hat die Aufgabe für den DPSG-Stamm vorbereitet. »Ein »KoKreis« ist ein gutes Beispiel dafür, dass die 72-Stunden-Aktion ursprünglich aus Gegenden kommt, in denen es deutlich mehr Katholiken/innen gibt«, erklärt sie. »Doch hier sind auf viel Fläche nur wenig Menschen katholisch. Diaspora nennen wir das.« Zu dem Erzbistum gehören neben Hamburg auch Schleswig-Holstein und der Mecklenburger Teil von Mecklenburg-Vorpommern. Von der Fläche her ist es damit das größte Bistum in Deutschland. Schaut man aber auf die Mitgliederzahlen steht es auf Platz 21 von 27 Bistümern in Deutschland. Um die Kräfte zu bündeln, plante der BDKJ die Aktion auch bewusst als Kooperation mit der Katholischen Jugend Mecklenburg (KJM) und dem Referat Kinder und Jugend des Erzbistum Hamburgs (RKJ). »Wenn wir auf die Zahlen schauen,





sind wir sehr zufrieden«, freut sich Zita. »Mit 30 Gruppen und fast 750 Aktiven haben wir mehr Anmeldungen als 2013, als wir das erste Mal bei der 72-Stunden-Aktion teilgenommen haben. Sehr erfreulich ist auch, dass wir dieses Mal den Anteil der Aktionsgruppen aus den Reihen der Jugendverbände steigern konnten.«

Do-it. Am Freitagmorgen herrscht schon rege Betriebsamkeit im Jugendraum der St. Bonifatiuskirche in Wilhelmsburg. 30 Jugendliche sitzen um einen großen Tisch und einer Vielzahl an Blumentöpfen herum. »Wir malen Blumentöpfe an und bepflanzen sie«, erklärt die elfjährige Frieda, während sie mit bunten Händen begeistert von ihrem Projekt mit der Kolpingjugend erzählt. »Wir wollen damit auf Friedhöfe gehen und uns um Gräber kümmern, die von niemanden gepflegt werden.«

»Ursprünglich hatten wir geplant, uns im Auftrag von Angehörigen um Gräber zu kümmern, deren Pflege sie selbst nicht mehr schaffen«, berichtet Projektleiterin Kira von den Vorbereitungen im Vorfeld der Aktion. »Deswegen haben wir beispielsweise im Wochenblatt oder auch im Gottesdienst auf unsere Aktion hingewiesen. Doch es hat sich niemand gemeldet.« Die Gruppe sei dann direkt auf Friedhofsverwaltungen zugegangen, um zu klären, welche Optionen es gäbe. »Es war allerdings nicht überall so, dass wir problemlos Genehmigungen für unser Vorhaben bekommen haben. Doch für heute und morgen haben wir nun drei Friedhöfe in Wilhelmsburg und Billstedt gefunden, auf denen wir aktiv werden können.«

In der Aktionszentrale. »Das alles ist echt anstrengend – aber auch ziemlich geil!« Katharina seufzt zufrieden, als sie mit ihren Kollegen/innen Joana, Jakob und Patrick auf die zurückliegenden, aber vor allem auch auf die kommenden Tage

schaut. Die vier bilden gemeinsam den Diözesanvorstand des BDKJ im Erzbistum Hamburg und tragen damit die Verantwortung für die 72-Stunden-Aktion in Norddeutschland. Inzwischen ist es Freitagabend, der 24. Mai, um 21:30 Uhr und die Sozialaktion läuft seit 28 Stunden.

Für die drei Tage haben sie sich vorgenommen, alle Aktionsgruppen zu besuchen. »Es ist wirklich schön zu sehen, dass bislang alles wie am Schnürchen läuft und unsere Hoffnungen auf allgegenwärtige Begeisterung und Motivation nicht enttäuscht werden«, berichtet Katharina nach der allabendlichen Tagesrückschau in der Aktionszentrale. Monatelang hatten sich Katharina und ihre Kollegen/innen auf die Sozialaktion vorbereitet und voller Spannung dem Start entgegen gefiebert.

Motivation ins Unbekannte. »In Hamburg ist die 72-Stunden-Aktion unter unseren Jugendverbänden noch nicht so verbreitet und bekannt«, erklärt Katharina und schaut aus dem Büro im 4. Stock in der Langen Reihe im Stadtteil St. Georg auf die untergehende Abendsonne. »Wir machen erst zum zweiten Mal bei der bundesweiten Aktion mit und somit hatten wir vor allem damit zu kämpfen, dass viele überhaupt nicht wussten, worum es geht. Wir selbst kannten das Format ja auch nur aus Erzählungen und Berichten, denn die letzte Aktion war vor sechs Jahren.«

Vor dem gleichen Problem stand der DPSG-Stamm in Blankenese. Nur zwei Leiterinnen kannten die Aktion, und es lag an ihnen, Gruppenmitglieder und Gruppenleiter/innen dafür zu begeistern, als gesamter Stamm mitzumachen. »Es war eine Motivation ins Unbekannte«, meint Andrea, die Leiterin der Blankeneser Aktionsgruppe ein paar Kilometer weiter westlich am Lagerfeuer sitzend. »Wir hatten uns für die Get-it Variante entschieden, weil wir uns davon noch mehr Potential für uns

als Gruppe versprochen. Aber dadurch wurde es schwierig, Leiter/innen, Gruppenmitglieder und Eltern zu überzeugen. Doch spätestens seitdem die Aufgabe klar ist, gibt es großen Zuspruch.« Tatsächlich beteiligt sich der ganze Stamm an der Aktion. Während der gesamten 72 Stunden hat sich die Gruppe ein kleines Camp auf der Wiese der Kirchengemeinde aufgeschlagen und von den Jüngsten mit sieben Jahren bis zu ehemaligen Pfadfindern/innen packen alle mit an.

Begeisterung. Am Samstagmittag kommt Patrick, einer von Katharinas Vorstandskollegen/innen, gerade von seinem Besuch bei der CAJ in St. Georg zurück und nutzt die Zeit für eine Stippvisite in der Aktionszentrale, bevor er sich wieder auf den Weg macht – zu weiteren Aktionsgruppen in Hamm, Borgfelde und Volksdorf. »Ich bin ganz euphorisch. In den letzten Tagen habe ich gesehen, wie Kinder und Jugendliche anpacken und nicht abwarten, was sie mit ihrem Engagement alles erreichen können. Und das Schönste daran ist vielleicht, dass ihre Begeisterung sich auch auf Ihr Umfeld auswirkt. So sieht Kirche aus, wenn man junge Menschen machen lässt.«

Ganz begeistert zeigt sich Patrick auch von der Vielfalt an Projektideen. Die Katholische Studierende Jugend (KSJ) organisiert zum Beispiel einen Nachhaltigkeitsflohmarkt, die CAJ baut eine Büchertauschkiste, die KJG sammelt englischsprachige Bücher für eine Mädchenschule in Tansania, und junge Wölflinge der DPSG in Rahlstedt wollen am Sonntag Teebeutel herstellen, um sie im Viertel zu verteilen, damit »kranke Menschen wieder gesund werden«. »Im Zweifel ist es nicht wichtig, 72 Stunden lang etwas durchzuziehen. Auch ein Projekt, das nur zwei Stunden dauert, ist ein wichtiger Teil unserer Aktion. Denn die Teilnehmer/innen haben die Chance, Selbstwirksamkeit zu erfahren. Wir alle können was bewegen, solange wir nur anfangen!«

Unterstützung. »Machen statt warten« – diesen Punkt hob auch die Sozialsenatorin Dr. Melanie Leonhard hervor, als der BDKJ sie als Schirmherrin für die 72-Stunden-Aktion in Hamburg gewinnen konnte: »Spaß dabei haben, die Welt besser machen, bunt und kreativ und vielfältig. Gut, dass es die 72-Stunden-Aktion gibt!« Bereits am Freitag hatte sie sich mit einer Pfadfindergruppe aus Ottensen getroffen, die eine Patenschaft für zwei Grünstreifen in ihrem Viertel übernommen haben und sich akribisch auf das Treffen und den Austausch mit der Senatorin vorbereitet hatten. Neben der Hamburger Sozialsenatorin übernahmen auch die Minister/innen Dr. Heiner Garg und Stefanie Drese die Schirmherrschaft für Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. »Diese breite Unterstützung hat es uns ermöglicht, so viele Gruppen für die 72-Stunden-Aktion zu gewinnen«, ist sich Patrick sicher. Einen wesentlichen Beitrag habe auch das Bonifatiuswerk geliefert, ergänzt er dann noch. Denn mit der

Unterstützung des katholischen Hilfswerks konnte der BDKJ eine Projektstelle für die Leitung der Sozialaktion im Erzbistum einrichten.

Öjendorfer Friedhof. »Was machen Sie denn hier? Feiern Sie eine Party«, wundert sich der ältere Herr, als er sich dem Pavillon nähert, unter dem Kira mit dem Mittagessen auf ihre Gruppe wartet. Nachdem sie gestern noch Gräber auf dem Wilhelmsburger Friedhof Finkenriek gepflegt haben, sind die Jugendlichen an diesem Samstagvormittag schon auf dem Friedhof Schiffbek aktiv geworden. Bevor sie sich nun um Gräber im Öjendorfer Friedhof kümmern, steht das Mittagessen auf dem Programm. Genau damit wartet Kira unter einem Pavillon auf die Aktionsgruppe und erklärt dem erstaunten Herrn von ihrem Projekt. Zufrieden zieht er zunächst weiter, um kurz darauf mit einer Bitte zurückzukehren. Er habe kürzlich eine Operation am Knie gehabt und dadurch falle es ihm schwer, sich um das Grab seiner Frau zu kümmern. Ob ihm womöglich ein oder zwei Jugendliche zur Hand gehen könnten? Können sie natürlich – und so kommt die Kolpingjugend zumindest im Kleinen doch noch dazu, ihre ursprüngliche Idee zu verwirklichen und Angehörigen bei der Grabpflege zu unterstützen.

Kooperation. »Beim nächsten Mal würden wir uns noch intensiver darum bemühen, das Spektrum zu vergrößern und weitere Partner ins Boot zu holen«, überlegt Katharina am Sonntag kurz vor Ende der Sozialaktion. »Es wäre schön, auch andere Verbände für die Aktion zu begeistern. Natürlich böten sich konfessionelle Jugendgruppen an, aber grundsätzlich ist die Aktion offen für alle, die bereit sind sich für andere zu engagieren und unsere Werte von Solidarität, Toleranz und Welt-offenheit teilen. Deswegen würde es auch nicht passen, wenn plötzlich eine Gruppe der Jungen Alternative (JA) mitmachen wollte.«



Glücklich. In Billstedt grillen die Jugendlichen zum Abschluss ihres Projekts im Gemeindehaus der St. Pauluskirche und schauen stolz auf das Erreichte der letzten Tage. Sie haben über 150 Blumentöpfe bemalt und knapp 170 Blumen gepflanzt. Mindestens genauso viele Gräber haben sie in den letzten Tagen wieder hergerichtet und sauber gemacht. In Billstedt und Öjendorf haben sie sich um anonyme Gräber und um Kriegsgräber gekümmert. Am eindrucksvollsten sei es jedoch gewesen, sich um Kindergräber zu kümmern. »Es war komplett anders, als wir es uns bei der ersten Planung vorgestellt haben«, meint Kira rückblickend. »Aber es war eine super coole Aktion.« Drei Stunden später, um kurz nach vier, gönnen sich die Blankeneser Pfadfinder/innen ein Eis

an der Langen Reihe. Innerhalb von 72 Stunden haben sie nicht nur die vorgegebene Anzahl von Palettenmöbeln für ein geplantes Pop-Up-Projekt des Erzbistums hergestellt und abgeliefert. Angesichts der umfangreichen Material- und Paletten-spenden, die sie erhalten hatten, konnten sie darüber hinaus noch extra Aufträge von Nachbarn/innen aus ihrem Viertel annehmen und ausführen. Ob es eine weitere Auflage der 72-Stunden-Aktion geben wird, steht noch in den Sternen. »Wichtig wäre mir, dass es nicht wieder sechs Jahre dauert«, meint Katharina. »Denn bei einer solchen langen Zeitspanne ist die Gefahr groß, dass das Wissen um die Aktion verloren geht.« Geht es nach den Jungpfadfindern/innen vom Stamm Jacques Marquette, wäre dagegen eine ganz andere Frage zu klären: »Warum eigentlich nur 72 Stunden? 96 Stunden wären doch viel cooler!«



Anzeige

LEIDER
GEIL!

WIR MACHEN DAS BESTE
AUS DEINEN IDEEN.



printarena
www.printarena.de

Nachrichten ...

Bertini-Preis 2019 – jetzt bewerben!

Es ist wieder soweit: Der BERTINI-Preis geht in die nächste Runde. Bewerbungen können bis zum 22. November 2019 eingesandt werden.

Gesucht werden Vorhaben gegen Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt, für ein gleichberechtigtes Miteinander der Menschen in dieser Stadt.

Vorhaben gegen das Vergessen, Verdrängen oder Verleugnen von Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt gegen Menschen in der Geschichte dieser Stadt durch Aufdeckung der Spuren vergangener Unmenschlichkeit. Junge Menschen, die sich ungeachtet der persönlichen Folgen couragiert gegen Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt von Menschen gegen Menschen in dieser Stadt eingesetzt haben.

Die Ausschreibung richtet sich an alle jungen Hamburgerinnen und Hamburger ab 14 Jahre. Sie können sich einzeln, als Gruppe oder mit ihrer Schulklasse mit ihrem Vorhaben um den BERTINI-Preis 2019 bewerben oder von Dritten für ihr couragiertes Eintreten gegen Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt von Menschen gegen Menschen in dieser Stadt für die Auszeichnung mit dem BERTINI-Preis 2019 vorgeschlagen werden.

Voraussetzung für die Bewerbung um den BERTINI-Preis 2019 ist eine ausführliche Dokumentation des Vorhabens. Es ist keine bestimmte Form für die Abfassung der Dokumentation vorgeschrieben. Das Vorhaben muss zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht abgeschlossen sein, es soll aber so weit fortgeschritten sein, dass eine Beurteilung durch die Jury möglich ist.

Bewerbung: Gleich hier online bewerben unter bertini-preis.hamburg.de/category/2019 oder per Post an: Andreas Kuschner | Behörde für Schule und Berufsbildung: »BERTINI-Preis 2019« Hamburger Straße 31 | 22083 Hamburg

Deutscher Kinder- und Jugendhilfepreis 2020 – Hermine-Albers-Preis Bewerbung bis zum 18. Oktober 2019

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfepreis wird von den Obersten Jugend- und Familienbehörden der Länder gestiftet und vom Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) alle zwei Jahre verliehen. Er ist insgesamt mit 15.000 Euro dotiert.

Pro Kategorie kann ein Preisgeld in Höhe von 4.000 Euro sowie ein Anerkennungsbetrag von 1.000 Euro vergeben werden. Die Kategorien sind: der Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe, der

Theorie- und Wissenschaftspreis der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe.

- In der Kategorie Praxispreis der Kinder- und Jugendhilfe können Arbeiten ausgezeichnet werden, die zu dem jeweils ausgeschriebenen Thema innovative Modelle, Konzepte bzw. Strategien der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe beschreiben und dieser neue Impulse geben sowie zu ihrer Weiterentwicklung beitragen.
- Mit dem Medienpreis der Kinder- und Jugendhilfe sollen Journalistinnen und Journalisten für Beiträge ausgezeichnet werden, die fundiert, einfühlsam und mit kritischem Blick...
 - ... die Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien darstellen und einer breiten Öffentlichkeit ins Bewusstsein rufen oder
 - ... die vielfältigen Tätigkeitsfelder der freien und öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe bekannter machen, die Arbeit von Jugendhilfeträgern zeigen und deren Bedeutung für das Gemeinwesen verdeutlichen oder
 - ... Initiativen, Kampagnen, Projekte und andere Aktivitäten, die die Verbesserung der Lebenslage von Kindern und Jugendlichen zum Ziel haben, beschreiben, journalistisch begleiten oder unterstützen oder
 - ... die Kinder- und Jugendhilfe insgesamt darstellen.
- In der Kategorie Theorie- und Wissenschaftspreis der Kinder- und Jugendhilfe können fachtheoretische und wissenschaftliche Arbeiten ausgezeichnet werden, die der Theorie der Kinder- und Jugendhilfe neue Impulse geben. Dabei sind auch Arbeiten gefragt, die aufzeigen, wie Erfahrungen aus der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in Theorie, Wissenschaft und Ausbildung aufgegriffen werden.

Infos und Bewerbung: www.agj.de/projekte/deutscher-kinder-und-jugendhilfepreis/bewerbungsunterlagen.html

Dranbleiben! Jugendverbände engagiert für Vielfalt und Demokratie
aej-Fachtagung vom 14. bis 15. November 2019 in Berlin

Die Fachtagung stellt die Lebenssituationen und Herausforderungen junger Menschen und ihrer Organisationen in unserer vielfältigen Gesellschaft in den Mittelpunkt. Sie geht den Fragen nach: Wie muss sich unsere Gesellschaft aus Jugendperspektive zu Migrationsfragen weiterentwickeln? Welchen Beitrag können Jugendverbände zu einem lebendigen, vielfältigen,

demokratischen Zusammenleben leisten und dabei gegen Islam- und Muslimfeindlichkeit aktiv werden?

In die Fachtagung fließen Perspektiven religiöser Jugendorganisationen ein – der evangelischen, koptischen, muslimischen und orthodoxen Jugendarbeit –, die sich gemeinsam für ein friedliches und demokratisches Miteinander stark machen. Sie haben in den Projekten »Junge Muslime als Partner – für Dialog und Kooperation! Gegen Diskriminierung!« und »Jetzt erst recht! Religiöse Jugendverbände gestalten Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft« viele Erfahrungen gesammelt, die vorgestellt und diskutiert werden.

Die Fachtagung richtet sich an haupt- und ehrenamtliche Fachkräfte der Kinder- und Jugendarbeit und die interessierte Fachöffentlichkeit.

Programmflyer: www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Migration_und_Integration/Downloads/Dranbleiben/20190903_aej_migrationsfachtagung_flyer.pdf

Online-Anmeldung: www.evangelische-jugend.de/dranbleiben/online-anmeldung

Anmeldeschluss für die Fachtagung ist der 20. Oktober 2019.

Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) (Otto-Brenner-Straße 9 | 30159 Hannover | www.evangelisches-infoportal.de) in Kooperation mit der Islamischen Jugend in Bayern e.V. (eine Gemeinde der VIKZ), der Koptischen Jugend in Deutschland e.V., der Muslimischen Jugend in Deutschland e.V. und dem Orthodoxen Jugendbund Deutschland e.V..

Tagungsort: Hotel Rossi | Lehrter Str. 66 | 10557 Berlin (Nähe Hauptbahnhof)

Kosten: Die Kosten für die Teilnahme an der Tagung (inkl. Übernachtung & Verpflegung während der Tagungszeit) betragen 20 € für Teilnehmer*innen unter 27 Jahren und für Ehrenamtliche, 50 € für Teilnehmer/innen ab 27 Jahren bzw. Hauptberufliche.

Fahrtkosten: Fahrtkosten können nach dem Bundesreisekostengesetz erstattet werden. Die Erstattung der Fahrtkosten erfolgt auf der Grundlage eines Fahrscheines der 2. Klasse der Deutschen Bahn AG abzüglich des Rabattes aus dem Rahmenvertrag der EKD in Höhe von derzeit 5%. Weitere Ermäßigungen auch privater Art (z.B. Jobticket u.ä.) müssen genutzt werden. Kosten für notwendige Reservierungen können erstattet werden.

Hol' Dir die Juleica!

Ausbildung zum/r Jugendleiter/in
Kurs 2-19

Zum Seminar: Der Landesjugendring Hamburg bietet thematisch verbandsübergreifende Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) an. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind und deren Jugendverbände kein eigenes Ausbildungsangebot haben oder die über bezirkliche Träger angemeldet werden.

Wozu eine Jugendleiterausbildung? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleitercard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z. B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bücherhallen, den Erwerb günstiger HVVFahrscheine, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Termin: 8. bis 10. und 22. bis 24. November 2019

Tagungsort: Haus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen

Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbändler/innen: 54 €

Andere Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 214 €

Alle anderen: 267 €

Anmeldung: www.ljr-hh.de/juleica/seminare

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg

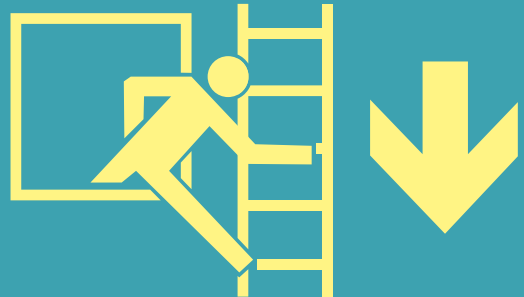
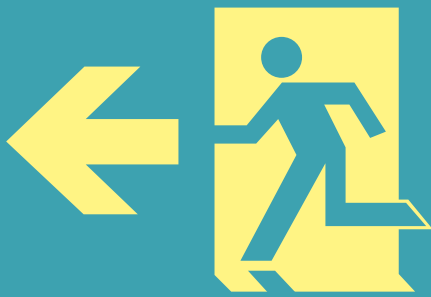
T. (040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de

Themen: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt :

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit
- Motivation
- Projektplanung
- Spiele
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Der LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Beginn ist freitags um 18 Uhr, Ende sonntags gegen 15 Uhr. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden (inklusive Übernachtung im Tagungshaus!) ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Jugendleiter/innencard (Juleica). Pro Kurs können 15 Personen teilnehmen.





Übergänge im Jugendverband schaffen und gestalten – vom Reinschnuppern, übers Ausprobieren bis hin zum Engagement im Vorstand

Wie mobilisieren wir Mitglieder im eigenen Jugendverband, in den Verbandsstrukturen tätig zu werden und sich zu engagieren?

Nichts ist im Jugendverband beständiger als Wechsel und Wandlung. Ältere Mitglieder scheiden aus, jüngere rücken nach. Damit Jüngere in die Strukturen hineinwachsen und auch Verantwortung übernehmen können, ist einiges zu bedenken. Verbandsstrukturen müssen nicht nur transparent und durchlässig gestaltet werden; sondern Übergänge sind auch aktiv zu begleiten. Im Seminar wollen wir Herausforderungen durchleuchten und Arbeitshilfen erarbeiten.

Programm

- Gemeinsames Brainstormen: Was ist Jugendverbandsarbeit für Euch?
- Prinzipien und Strukturen der Jugendarbeit und des Jugendverbandes aufschlüsseln: Welche Akteure gibt es im Verband? Welche Kooperationspartner? Wie stehe ich zu den Mitgliedern? Ab wann ist ein Mitglied ein aktives Mitglied? Gibt es im Verband allein Ehrenamtliche oder auch Hauptamtliche?
- Welche Tätigkeitsfelder gibt es im Jugendverband? Was davon gehört zur Vorstandsarbeit? Was beinhaltet die Vorstandarbeit?
- Was bedeutet Vorstandsarbeit verbandsrechtlich? Rechtliche Seiten durchleuchten und Verantwortung bewusst machen
- Übergänge – »passives« Mitglied, aktives Mitglied und Vorstand: Was brauchen wir, um aus dem teilnehmenden Mitglied ein aktives Mitglied oder Vorstandsmitglied zu

machen? Kreative Konzepterstellung: Mitgliederbindung, fachliche Vermittlung, Beziehungsarbeit, Wertschätzung, Anerkennung, Plattformen für Wissensübergabe, Partizipationsangebote (Stammtische, offene Treffen, Seminare, Vernetzungsveranstaltungen), Generationswechsel im Blick haben

- Handwerkszeug erarbeiten und Vorschläge vorstellen

Referenten: Kathi Erhardt und Immo Becker

Zielgruppe: Multiplikatoren und Vorstände im Jugendverband sowie Juleica-Inhaber/innen

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg | www.ljr-hh.de

Termin: Sonntag, 27. Oktober 2019 | 9.30 bis 19 Uhr (eine Stunde Mittagspause und eine halbe Stunde zum Aufteilen für kleinere Gedankenpausen)

Veranstaltungsort: Landesjugendring Hamburg
Güntherstr. 34 | 22087 Hamburg

Anmeldung: beim LJR Hamburg bis zum 22. Oktober 2019 via info@ljr-hh.de oder T. (040) 317 96 114

Kosten: Jugendverbandler/innen: 9 € | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 38 € | Andere: 47 € | inkl. Verpflegung

Die Teilnahme an diesem Seminar ist als Fortbildungsnachweis für die »Verlängerung« der Juleica geeignet.

